

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).

Bezugspreis wird halbjährlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zornauerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1/10-Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpf., im Reklameteil 15 Goldpf., einleit. Umfassung, Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag vormittags 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesagalle.

Nr. 7.

Mittwoch, den 23. Januar 1924.

27. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Im Reichsfinanzministerium zu Berlin fanden Verhandlungen mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen über die Befreiung von bestimmten älteren Steuern, insbesondere des Weibetrages, statt.

\* Bei dem im August verfallenen Beitritten an dem Titularplan gegen General v. Seidl handelt es sich um den Fabrikbesitzer Dr. Georg Brandel.

\* Die französische Regierungsverwaltung hat den offenen Klagenbescheid gegen die englische Reparationskommission erlassen und einen Einpruch der englischen Regierung zurückgewiesen.

\* Der von der britischen Regierung zur Untersuchung der Verhältnisse in der Pfalz beauftragte Generalconsul Gilve ist nach London zur Berichterstattung abgereist.

\* In England ist der angekündigte große Eisenbahnerstreik zum Ausbruch gekommen.

\* Der amerikanische Kreuzer „Virginia“ hat die Blockade von Tampico durchbrochen und auf die mexikanischen Revolutionäre das Feuer eröffnet. Die mexikanischen Regierungstruppen dürfen durch amerikanisches Gebiet marschieren.

## Wieder Uneleichgerichte.

Man muß gesehen, daß der amerikanische General Dawes seine Energie in der Idee zur Gründung des von ihm präzipitierten Sachverständigenausschusses in Paris nicht erschöpft hat, sondern daß er die Dinge mit derselben Energie weitertreibt. Dieser Sachverständigenausschuss, der Vorschläge über die Stabilisierung der deutschen Währung und über die Belieferung des deutschen Budgets machen soll, scheint wirklich mit seiner Arbeit voranzurücken, scheint aber, was für uns noch viel wichtiger ist, noch nach den Worten zu handeln, die Dawes damals gesprochen hat, nämlich, daß alle bisherigen Staffetten, Versuche, Gutachten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands Makulatur geworden sind, weil eben diese Lage seit damals eine ganz andere und, als jene Versuche entstanden. Ein amerikanischer Zeitungsdirektor will erfahren haben, daß der Sachverständigenausschuss auf den vorgeschlagenen Vorschläge zurückgekommen sei, die bekanntlich vor allem eine Reihe von Reichtumsmonopolen und die deutsche Reichsbahn als die Grundlage einer währungsrechtlichen Stabilisierung und einer einträglichen Währungsreform des deutschen Budgets mit Einschluß der Reparationsverpflichtungen vorstehen.

Diese belgischen Vorschläge sind mitten während des Ruhrkampfes, im April, gemacht worden, als naturgemäß die Folgen dieses Aufruhrkampfes auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet noch nicht zu übersehen waren. Die Reichsbahn balanciert jetzt zwar im ordentlichen Etat, wie der Reichsfinanzminister versichert hat, aber sie hat derartige Schulden, daß sie kreditwürdig gar nicht mehr zu nennen ist. Wir glauben nicht sehr zu geben in der Annahme, daß die Reichsbahn zurzeit etwa eine Goldmilliarde Schulden hat, deren Abdeckung so lange eine Unmöglichkeit ist, als das wirtschaftliche Leben Deutschlands stagniert.

Dem scheint man nun auch in Paris Rechnung zu tragen. Doch nicht nur die Reichsbahn muß als ein sehr sehr minderwertiger Posten eingestuft werden, sondern auch ihre anderen Monopole, wie das Zigaretten-, das Alkohol-, das Elektrizitätsmonopol, weil sie alle gleichfalls von der Intensität des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland abhängen. Der amerikanische Zeitungsdirektor behauptet nämlich, daß der Sachverständigenausschuss die belgischen Vorschläge einer umfassenden Revision unterziehen wolle, und sei dabei zu wesentlich anderen Resultaten gekommen, als man es in Paris berechnet hatte. Gegenüberwille will jedoch General Dawes die Fortsetzung der Arbeiten nach Paris verlegen.

Natürlich taucht auch schon wieder, obwohl eigentlich gar nicht die Zeit der Seeflange ist, das Verdict einer Anstaltsanleihe auf. Diese Frage wird der entscheidende Augenblick des Nachschlusses in der Reparationsfrage sein. Auf der einen Seite wird eine Anleihe lediglich von dem Anglo-Amerikanerium ausgehen können, wird aber sofort auf die französische Forderung stehen, den größeren Teil der Anleihe zur Begleichung von Reparationsabläufen zu verwenden. In dieses Faß ohne Boden sein sich hineinzuwerfen, dürfte aber keinem Engländer und keinem Amerikaner einfallen, der für eine Anleihe zwecks Stabilisierung der deutschen Währung, etwa als Grundkapital für eine Goldnotenbank, zu haben sein würde. Es ist auch nicht abzusehen, wie Deutschland eine internationale Unternehmung erhalten sollte, wenn sein härt-

res Wirtschaftsgebiet, die Rhein-Ruhrindustrie, ohne jede Freiheit der Bewegung in den Händen der Franzosen ist, und diese sich die Kontrolle darüber nicht rauben lassen wollen.

Reichsbankepräsident Dr. Schacht ist ja nun auf Anforderung in Paris eingetroffen und dürfte dort eine lange Fragestellung beantworten, die der Ausschuss entworfen hat und noch häufig verhängt. Aus seinen Antworten wird dann wohl deutlich genug hervorgehen, welche furchtbaren Verluste Deutschlands Volkswirtschaft und Finanzkraft im Jahre 1923 erlitten hat. Leider wird Deutschland auch jetzt wieder nur „gehört“ in jener Kommission; immerhin sprechen wenigstens in den Augen der etwas unbefangeneren englischen und amerikanischen Mitglieder doch die Tatsachen ein so gewichtiges Wort, daß man eine ganz geringe Hoffnung hegen kann, die Kommission werde nicht die ihre zahlreichen Vorgängerinnen zu unangenehmen Bestimmungen über die Reparationsverpflichtungen kommen, nicht zu ihrem Resultat, wie Deutschland zahlen soll, sondern nur, wie Deutschland zahlen kann.

## Englisch-französischer Bahnkrieg.

Blockade der britischen Zone.

Die Londoner Blätter lassen sich aus Köln schreiben, die französische Regie habe den britischen Behörden den Krieg erklärt durch Verhängung einer Blockade gegen alle Einfuhr, ausgenommen Lebensmittel und Militärtransporte. Dies stelle eine unangehörige Verhängung dar, den Handel und die Industrie aussetzungen, damit sich Widerstand gegen die feste britische Forderung bezüglich der Verwaltung der Eisenbahn erhebe. Die Frage entstehe jetzt, ob britische Kohle noch länger nach der französischen und der belgischen Zone geschickt werden solle, so lange diese Blockade andauere. In Londoner gutinformierten Kreisen hört man, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, Auftrieb erhalten hat, bei Poincaré einen Schritt zu unternehmen, der sich auf die von der französisch-belgischen Regie getroffenen Anordnungen auf die englische Zone bezieht.

Von französischer Seite wird offen zugegeben, man sei gezwungen gewesen, den Verkehr mit der britischen Besetzungszone auf ein Mindestmaß zu beschränken. England müsse aber den französischen Wünschen inbezug auf die Eisenbahnen in jeder Beziehung nachgeben. Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner Blattes „Observer“ sagt dagegen, die Haltung der Franzosen sei hervorgerufen worden durch die feste Weigerung des britischen Vertreters Lord Balfour, den französischen Behörden zu gestatten, die britische Zone als Werkstoff zur Herstellung Deutschlands zu benutzen. Der Widerstand Lord Balfours gegenüber dem französischen Versuch, die Mission des Generalconsuls Gilve in der Pfalz zu verhindern, habe erneut die Entschlossenheit der britischen Regierung bewiesen, nicht an dem vollkommen unangelegten Versuch der Errichtung einer autonomen Regierung teilzunehmen. Dabei die offenbare Feindschaft der französischen Behörden gegen die britische Zone.

## Eisenbahnerstreik in England.

60 000 Beamte im Ausstand.

Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, die englischen Eisenbahnangestellten von dem geplanten Ausstand abzuhalten. In der Nacht von Sonntag auf Montag ist nach amtlicher Mitteilung der Streik zum Ausbruch gekommen. Lokomotivführer und Heizer haben die Arbeit niedergelegt.

60 000 Eisenbahner werden unmittelbar betroffen. Der Vorherrscher des freikundigen Verbandes erklärte in einer Rede, der Ausstand werde vielleicht zwei Wochen dauern. Die Blätter teilen im allgemeinen ohne Unterschied der Partei den Streik. Einige erklären, er werde vielleicht einen bedeutenden Einfluß auf die Ausschüsse der Arbeiterregierung bei Beginn ihrer Laufbahn haben.

Die Eisenbahndirektionen haben Maßnahmen zur Fortführung des Verkehrs ergriffen. Die Schiffahrts-gesellschaften teilen mit, daß sie die Reisenden von und nach den Seebälen per Auto befördern würden. Zahlreiche in London anwesende Provinzbeamte verlassen fluchtartig die Hauptstadt, solange der Verkehr noch einigermaßen funktioniert.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Abbau bei der Reichsbahn.

Der Sparausfluß des Reichstages behandelte den Personalabbau bei der Reichsbahn. Von seiten des Reichsverkehrsministers wurden die bisherigen Resultate des Abbaues bekanntgegeben. Das Gesamtergebnis des Abbaufahrplans wird zur Folge haben, daß bis 1. April 1924 der Personalbestand der Reichsbahn, der am 1. Oktober 1923 rund 1 Million ar. Beamten, Angestellten und Arbeiter umfaßte, um mindestens 20% vermindert sein werde. Es wurde einstimmig vom Sparausfluß angeordnet, daß die den Ausschüssen im besetzten Gebiet angehörenden Hauptabteilungen sofort zurückgenommen werden müssen. Die ausgetretenen Eisenbahner sind bisher vom Abbau gänzlich verschont worden.

Was bringt die dritte Steuerreform?

Die nun schon so lange dauernden Verhandlungen über die Reform sind abgeschlossen und die Vorlage ist dem Reichstag zugegangen. Voraussichtlich in den nächsten Tagen wird sie dem Reichstag vorgelegt werden. Sodann wird sie dem Reichstag, dem Reichswirtschaftsrat und dem Finanzsenat zur Begutachtung des Reichstages zugehen. Am Finanzsenat dürfte die Beratung kaum vor Ende des Monats beendeten. Aber den Inhalt der Verordnung läßt sich noch nichts Genaues sagen. Fest steht jedenfalls, daß das Reichsfinanzministerium seinen ursprünglichen Vorschlag des Verbot der Außerwertung fast gänzlich gelassen hat, daß künftig eine Aufwertung in bestimmtem Umfang zulässig sein wird, keineswegs aber für alle Geldforderungen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Reichsregierung nach wie vor die Aufwertung der Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen ablehnt.

Das Zentrum zu Rhein, Ruhr und Pfalz.

Im Reichstag fand eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei statt, in der Reichsminister Dr. Watzke die sachliche aus dem ganzen Reich erlassenen Vertreter Sätze behandelte die Stellung der Zentrumspartei zu Rhein, Ruhr und Pfalz und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland verlassen müsse, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. Er warnte davor, zu große Hoffnungen auf England und die in Aussicht stehende Regierung der englischen Arbeiterpartei zu setzen. Die Ausführungen des Ministers lösten lebhaften Zuspruch.

Lieferung von Reparationsstoffe.

Aus Düsseldorf wird über Paris berichtet, die Verhandlungsbehörden hätten mit zwei großen Rheinisch-Westfälischen Abkommen über die Beförderung von Reparationsstoffen getroffen. Zurzeit seien Verhandlungen im Gange über ähnliche Abkommen mit einer Arbeiterpartei, die mehr als 50% der gesamten Kohnmenge der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahnen umfaßt.

Neue Arbeitsgemeinschaft im Handelsgewerbe.

Im Handelsgewerbe besteht bislang eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht. Sie wurde zwar einmal im Jahre 1919 gegründet, fiel aber sofort wieder auseinander, weil keine Verständigung erzielt werden konnte. Jetzt hat, dem Vermittlung nach, der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereinigungen (angeschlossen dem christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund) erneut die Anregung zu einer solchen Gründung gegeben. Er ist an dem Zentralverband des deutschen Großhandels und an die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit einem entsprechenden Ersuchen herangetreten. Die Ausschüsse für die geplante neue Arbeitsgemeinschaft sollen keine ungünstigen sein, obwohl eine bestimmte Stellungnahme der Arbeitgeberverbände noch nicht vorliegt.

Appell für Deutschlands Reisende.

New York, 21. Januar. Der Appell des päpstlichen Delegaten in Washington um Spenden für die Befreiung notleidender Deutscher ist in allen christlich-katholischen Kirchen der Vereinigten Staaten verlesen worden. In den Kirchen New Yorks schloß sich dem Appell des päpstlichen Delegaten ein solcher des Erzbischofs Hayes an.



**Loftales und Provinzielles.**

**Annaburg.** — Am Übergangenen Sonnabend veran-  
staltete der hiesige Arbeiter-Turnverein „Jahn“ einen wohl-  
gelungenen Eltern-Abend im Bürgergarten. Eine äußerst  
zahlreiche Eltern- und Gönnerschaft hatte sich  
eingefunden, und längst vor Beginn der Veranstaltung war  
der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt.  
Pünktlich wurde mit den Vorführungen begonnen und das  
umfangreiche Programm glatt erledigt. Alle Anwesenden  
waren von den dargebotenen Leistungen sichtlich be-  
geistert, was ja auch die sich immer wiederholenden Beifalls-  
ausdrücke bewiesen. Nachdem der Vorsitzende in kurzen,  
klaren Worten eine Einführung in die Bestrebungen des  
Vereins, insbesondere auf dem Gebiete des Knaben- und  
Mädchenturnens gegeben hatte, wurde in die Abwicklung des  
abwechslungsreichen Programms eingetreten. Ganz plan-  
mäßig und auch methodisch und pädagogisch einwandfrei  
gingen die Frei- und Stabübungen und das Turnen an  
geslichem Gerät vor sich. Ganz besonders hervorzuheben  
zu werden verdienen die schönen Leistungen im Mädchenturnen  
ohne Gerät. Schon die vorbereitenden Übungen, besonders  
aber auch die Gleichgewichtsübungen der Schülerinnen  
zeigten eine ganze Reihe der am häufigsten vorkommenden  
Bewegungsformen, deren Reize noch durch prägnante Musik oder Gesang erhöht  
werden. Als Auswirkung bzw. Anwendung der vor-  
genannten Übungen wurde eine ganz reizende Vorführung  
„das Pferdenspiel“ gegeben. Leichtfüßig und flott, freud-  
voll und fehlerfrei bei bester Körperhaltung wurde dieses  
hübsche, sinnige Glieder- und Körperstückchen von 5 kleinen  
geschickten Turnerinnen dargeboten — und weil sie es so  
schön machten, mußten sie es auf allgemeinem Wunsch wieder-  
holen. Als letzte Nummer des Programms gelangte das  
allerliebste Mädchenstück „Zwergkönig Sibich“ zur Aus-  
führung. Eine alte Sage aus dem Harz lag diesem Stücke  
zu Grunde. — Zum Schluß sei aber noch darauf hinge-  
wiesen, daß dieser Abend, der für die Veranstalter sicher  
viel Arbeit und Ausdauer erforderte, wieder einmal gezeigt  
hat, wie einftes Wollen und selbstwichtiges Streben für eine  
Dase, letztere sehr wohl in die Tat umzusetzen und immer  
Erfolge zu jelligen vermögen. Dem A. T. V. „Jahn“  
wünschen wir auch weiterhin gute Erfolge auf dem so reiche  
Schätze bergen, aber auch so wenig noch bedeuten Arbeits-  
felde der förderlichen Jugendzehrung.

**Behau.** 18. Jan. Aus dem städtischen Jahresbericht  
der Gemeinden Behau und Naundorf für 1923 ist folgendes  
hervorgehoben. Gestorben wurden 18 Kinder, 4 in Behau,  
14 in Naundorf. Die Eingetragene fand in beiden Orten  
am 25. März 1923 statt, eingetragene wurden 44 Kinder,  
9 aus Behau, 35 aus Naundorf. — Am hl. Abendmahl  
beteiligten sich 312 Personen, 111 aus Behau, 201 aus  
Naundorf, fast dieselbe Zahl wie 1922. Ebenso er-  
reichten Ehehehlungen und Sterbefälle dieselbe Höhe wie  
1922. 4 Trauungen fanden in Behau, 15 in Naundorf  
statt. In Behau haben 7 Personen, unter ihnen der lang-  
jährige Pfarrstellenbesitzer, Herr Köppe, dessen Frau vier  
Wochen vor ihm abgestorben wurde. In Naundorf, wo 12  
Todesfälle zu verzeichnen waren, war ähnlich wie 1922 ein  
Todesfall durch einen bedauerlichen Unglücksfall hervor-  
gerufen. Der jugendliche Arbeiter Karl Siange wurde bei  
Bitterfeld zwischen 2 Eisenbahnwagen tödlich verlest. —  
Trotz der unangünstigen Finanzlage der Kirchentafel konnte  
— dank freiwilliger Gaben — wenigstens in Behau der Kirch-  
turm nebst Uhr — sowie das Kirchendach seiner gründlichen  
Erneuerung unterzogen werden; dieselbe Arbeit harret für  
Naundorf noch der Erledigung.

**Klein.** 18. Jan. Gestern abend gelang es den hiesigen  
Nachbarn in der Person eines angesehenen Einwohners aus  
Rähnitz.

„Nane, du mußt mich erst anhören, ehe du mich ver-  
dammt!“ leuchtete er. „Wenn du mich auch nur ein klein  
wenig geliebt hast, so gestatte mir eine kurze Erklärung. Ich  
stehe in wenigen Tagen gerechtfertigt vor dir, vor Euch allen  
da.“ In abgerissenen Sätzen wiederholte er ihr, das, was er  
soeben zu ihrem Vater gesprochen.

„Aber dieses hätte Herr zeigte nicht das mindeste Ver-  
ständnis für seine Lage. Ach, Nane hielt es so tiefinnerlich  
für eine glückliche Fügung des Schicksals, daß sie jetzt  
einen Grund gefunden, mit Werner zu brechen, — einen  
Grund, wie er trefflicher nicht erdacht werden könnte.“

„Du und Trug!“ fuhr sie ihm messerschärf ins Wort.  
„Geben Sie, ich habe mit einem Verbrecher keine Gemein-  
schaft mehr!“ Was Sie mir angetan haben, werde ich ver-  
wunden, denn ich ähne nicht zu den Schwachen meines Ge-  
schicks. Und dem Himmel will ich dankbar sein, daß er  
mich vor einem Unwürdigen bewahrt. Geben Sie jetzt!“

„Nane,“ schloste er, „das kann nicht dein letztes Wort  
sein! Wenn deine Liebe echt war, so mußt du mir glauben.  
Du würdest die bittersten Bitterwürze machen, wenn du  
den Grund meines Handelns erfahren hättest.“

Sie zuckte die Achseln, warf den Kopf stolz in den  
Nachen und wandte sich von ihm ab.  
Da erkannte er, daß sie ihn niemals mit dem Herzen  
geliebt hatte.

Er mußte sich fügen, mußte die Höllenqualen eines  
Verdamnten in Gebuld weiter ertragen. Aber ein heißer  
Groll gegen das Mädchen, das ihm ewige Treue gelobt,  
stieg in ihm auf, undies war ihm, als rief eine ferne Stimme:  
„Du mußt leiden, weil du an einer edlen Seele treulos  
handelst!“ Lottchen würde an Nanes Stelle nicht von

**Rähnitz.** Den beiden Landjägerbeamten aus Brestin  
gelang es wiederum einen Dieb, welcher seinem Brotherrn  
vor mehreren Wochen eine größere Summe Geldes und  
Edelmetallstücke stahl, zu ermitteln. Im letzten Augenblick,  
als das Diebesgut sollte der Post im Paket übergeben werden,  
konnte noch zugegriffen und das Diebesgut beschlagnahmt  
werden. Der Täter wurde dem hiesigen Amtsgericht zu-  
geführt.

**Jessen.** In das hiesige Standesamtregister sind im  
Jahre 1923 eingetragen worden: 77 Geburten und 54  
Sterbefälle. Getraut wurden 46 Paare. — Am 15. Januar  
betrug die Zahl der Erwerbslosen in unserer Stadt 98,  
hierzü kommen noch 153 unterfüllungsberechtigte Frauen  
und Kinder.

**Senda.** Für die erledigte und neu ausgeschriebene  
Bürgermeisterstelle haben sich jetzt 19 Bewerber gemeldet.  
Als Entschädigung für den stellvertretenden Bürgermeister  
und den stellvertretenden Rämmerer wurden je 60 Mark  
für den Monat festgesetzt.

**Raditz.** 17. Jan. Am Dienstag abend ereignete sich  
in der Turnmehlsstunde des Turnvereins Raditz-Bielegraf  
ein schwerer Unglücksfall. Ein hoffnungsvoller junger Mann,  
Ernst Nester aus Bielegraf, hügte während einer Übung  
am Red ab und zog sich eine schwere Verletzung der Nischel-  
säule zu. Der Schwereverletzte wurde sofort dem Paul-  
Verhardtskist zugesehrt und ist dort in der Nacht zum Donner-  
stag seinen Verletzungen erlegen.

**Falkenberg.** Der Stoffhändler A. Wehler, der sich  
mit dem Nachzuge auf der Reise von Halle nach Centben-  
berg befand, wurde auf der Station Rehdorf bewußlos im  
Eisenbahnwagen aufgefunden. Die Bewußtlosigkeit war durch  
einen Schlag auf den Hinterkopf hervorgerufen. Endwendet  
sind 2 Koffer mit Stoffen.

**Schlussdienst.**

**Vermischte Drahtnachrichten.**

**Eireichsinn im westlichen Braunkohlegebiet.**  
Am 21. Januar. Mit Ausnahme von zwei Gruben ruht  
der Betrieb auf allen Braunkohlegruben. Die ausständigen  
Arbeiter sind von den Bergstellungen entlassen worden. Die  
Kohlsortarbeiten werden von Arbeitswilligen und Betriebs-  
beamten, zum Teil unter dem Schutz von Polizeikommandos,  
durchgeführt. Die Kohlenversorgung der Bevölkerung ist durch  
ausreichende Vorräte gesichert und der Absatz über Land  
bisher unbehindert konstant geblieben.

**Auslegung des Volksgesetzesentwurfes in Bayern.**  
München, 21. Januar. Die von der Bayerischen Volks-  
partei angeregten Vorlesungen für ein Volksgezetzen nach Aus-  
legung des Entwurfes und Ausgestaltung der Verfassung werden  
nach Prüfung durch das Ministerium des Innern der Provinz  
bei den Gemeinden zur Einziehung ausliegen. Es müßten  
schon 800 000 Wahlberechtigte eintraten, wenn dem Antrag statt-  
gegeben werden soll.

**Frankische Unwahrschaffigkeiten.**  
Köln, 21. Januar. In einer Gegend umgebung werden die  
neuerdings zwischen der französischen Gebirgs Eisenbahn-Regie  
und den englischen Behörden der Kölner Besatzungszone ein-  
stehenden Schwierigkeiten darauf zurückgeführt, daß die briti-  
sche Regierung es abgelehnt habe, sich mit der Regie über die  
englische Zone zu verständigen. Wie man hierzu von unter-  
schiedlicher Seite erfährt, entspricht diese Behauptung in keiner  
Weise den Tatsachen. Die englische Regierung und ihr Organ  
in bester Gestalt haben sich fortgesetzt bemüht, in dieser  
Sache das größte Interesse überaus höchsten Maße zu einer Ver-  
ständigung zu gelangen. Abgesehen haben sie aus bekannten  
Gründen lediglich die Forderung auf Auslieferung der eng-  
lischen Zone an die Regie.

„Die Auslieferung richtet Frankreich zugrunde.“  
Paris, 21. Januar. Der sozialistische Abgeordnete Dubou-  
che in dem bisherigen Kammerdebatten: Niemand  
in Frankreich werde jetzt mehr das Recht haben, aus Unent-  
sinn der Fassung zu behaupten, daß die Republik sich nicht  
bedacht mache, Niemand werde mehr behaupten können, daß  
die Auslieferung das französische Volk zugrunde richte. Die  
Zeitung sei die Folge der Auslieferung.

dir gelassen haben! Sie wäre dir eine Trösterin und  
Seslerin gewesen.“

Und da eillen seine Gedanken heimwärts. — Der  
Vater! — Wenn der das Ungeheuerliche erfähre! Schmidt-  
born wollte an ihn schreiben, würde ihn zu bewegen suchen,  
das unterlagene Geld zu ersehen. Ob der Vater ihm  
gläubte, wenn er behauptete, die Summe nicht für sich ver-  
wandte zu haben, daß sich alles in Bälde auflösen werde? —  
Oh, daß er doch Herbert sein Wort nicht verpändelt hätte,  
daß der Unfälle gar Stelle wäre! Er müßte ja alles be-  
kennen, täte er ganz gewiß. Müßte man nur seine Adresse!  
Telegraphisch könnte er dann benachrichtigt werden. Auf  
jeden Fall sollte noch heute Abend ein Brief für ihn an  
die Wiener Firma abgehen, bei der er möglicherweise in-  
zwischen eingetroffen war. Nur einen Tag wollte er sich  
noch in Hamburg aufhalten. Die Nachtzeit von dort wäre  
vielleicht verloren gegangen. Daß es nur erst morgen wäre!

In aller Eile packte Werner jetzt seine Sachen und  
beauftragte den Portier, der ihn mit verächtlichen Blicken  
maß, alle in das Hotel zum „Zähringer Hof“ zu schaffen.  
Da gedachte er bis morgen mittag zu bleiben, um dann nach  
Badenreuth zu reisen. Ein gutes Trinkgeld machte den alten  
Müller zugänglich. Sollte die Morgenpost einen Brief für  
den Ingenieur bringen, so würde er jenen sogleich ins Hotel  
besorgen.

Käuflich konnte der Vorfall nicht geheim bleiben, wenn  
Schmidtborn auch zu schweigen verpändert. Das Dienst-  
personal wachte ja bereits, um was es sich handelte. Morgen  
piffen es die Spaghen von den Dächern. — In einer  
Stunde war der Umzug bewerkstelligt. Noch einmal schlich  
Werner in der Dunkelheit nach der Villa, um Müller ein-

**Italien und Sowjetrußland.**  
Moskau, 21. Januar. Der Vertreter Sowjetrußlands bei  
den russisch-italienischen Verhandlungen, der Anfang Januar  
wieder nach Rom zurückgekehrt ist, erklärte bei der Ver-  
einstimmung in Moskau über den Vertrag, bei dem nur noch  
technische Fragen zu erledigen seien, unter anderem folgendes:  
Der bevorstehende Vertrag ist auf dem Prinzip strenger Gegen-  
seitigkeit begründet. Es ist anzunehmen, daß der Vertrag in  
allernächster Zeit unterzeichnet wird. Bezüglich Sowjetruß-  
lands geht davon aus, daß der kommende Vertrag mit  
Italien der erste echte Handelsvertrag sein wird.

**Rosoff gegen den französischen Militarismus.**  
Washington, 21. Januar. Ein Senat unternahm Senator  
Rosoff einen kühnen Vorstoß gegen den französischen Militarismus  
und setzte sich energisch dafür ein, daß die Zinsen für die  
französische Schuld an Amerika eingefordert werden und eine  
Neielung der Frage überhaupt erfolge. Der Senat hat zwar  
keinen Beschluß gefaßt, es ist aber auch kein Widerspruch da-  
gegen erfolgt. Senator Rosen hat erneut ausgedrückt, daß  
Frankreich und Rußland als eigenartige Kriegsverbrecher an-  
gesehen werden müßten, was ebenfalls ohne Widerspruch hin-  
genommen wurde.

**Börse und Handel.**

Die Wännen sind Was kosten fremde Werte? (Sine Gewähr.)

Wännen	21. 1.		19. 1.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holländ. Gold	1 571 089	1 578 887	1 576 050	1 583 950
Dänem. 1 Kr.	718 218	718 787	722 165	725 395
Schwed. 1 Kr.	1 101 240	1 106 780	1 102 238	1 107 782
Norweg. 1 Kr.	594 510	597 490	595 508	598 402
Finnland Mark	795 735	106 265	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	4 189 500	4 210 000	4 189 500	4 210 000
England 1 Pf.	17 855 250	17 944 750	17 815 100	18 004 900
Schweiz 1 Fr.	738 183	738 837	732 864	738 836
Frankreich 1 Fr.	18 7031	187 969	192 288	193 232
Belgien 1 Fr.	173 560	174 440	172 560	173 440
Italien 1 Lira	182 543	183 457	185 535	186 465
Schweden 1 Kr.	128 091	128 709	122 809	123 308
Österr. 1000 Kr.	59 650	59 850	59 550	59 850
Ungarn 1000 Kr.	147 630	148 870	147 030	148 870

**Deutsche Werte am 21. Januar.**  
Eine Rentenmark . . . . . 1 Billion Papiermark  
Dollarschuldanweisungen . . . . . 4,2 Mill.  
Goldanleihe (in Dollar) amtlich . . . . . 4200 Milliard. Papierm.  
Ein Goldpennia . . . . . 100  
Ein Goldmark . . . . . 1000

\* Scheine in Berlin am 21. Januar. Bafarell 20 795 G.,  
21 005 B.; Staatsanleihe 370 000 G., 380 000 B.; Riga 813 500 G.,  
826 150 B.; Retal 10 520 G., 10 620 B.; Romm 415 800 G.,  
424 200 B. — Notennotierungen: Polnische Mark  
346 000 G., 364 000 B.; Lettische Rubel 760 500 G., 799 500 B.;  
Lit. 417 300 G., 438 700 B.

\* Zusammenfassung des Beschlusses von Deutschland.  
Der russische Vorschlag in Berlin ist vom Auswärtigen Amt  
mitgeteilt worden, daß nach Aufhebung des früheren Verbot  
der Rußeneinfuhr nach Deutschland auch der Einfuhr von  
Zufuhrungen keine Hindernisse im Wege ständen.

\* Produktmarkt. Berlin, 21. Januar. Amlich ge-  
kaufte Preise an der Produktbörse. Getreide und Ölwaren  
pro 100 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Gold-  
mark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen märkische  
151—155, Roggen märkische 134—137, pommersche 133—135,  
weizenfreie 133—135, Branntgerste 125—128, Futtergerste  
120—125, Hafer märkische 100—105, pommersche 90—95, weizen-  
freie 85—90, Weizenklein pro 100 Kilogramm frei Berlin  
brutto inkl. Sad (einstufige Marken ohne Notiz) 23,25—27, Roggen-  
weizen pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 21,25  
bis 24, Weizenklein frei Berlin 7,50, Roggenklein frei Berlin 7,  
Bittererbsen 35—37, kleine Bittererbsen 19—22, Futtererbsen  
12—14, Weizenklein 13—15, Ackerbohnen 13—15, Bohnen 17—19,  
Lupinen, blaue 13—14, gelbe 15—17, Geradellen 15—16,50, Kops-  
fuchsen 11, Erbsen (einseitig) 7,50—8, wilm. Jaderichmel 18—19,  
Kartoffelklein 17.

\* Nachfolger. Bericht der Preisnotierungskommission  
für Raubtier (Richtamtlich). Großhandelspreise pro 50  
Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt.  
(In Goldmark); draberg: Weizen- und Roggenmehl 0,60 bis  
0,75, desgl. Hafermehl 0,50—0,65, desgl. Gerstenmehl 0,50 bis  
0,60, Roggenmehl 0,40—0,50, Weizenmehl 1,10—1,30, handelsübliches Feu  
0,90—1,10, gutes Feu 1,20—1,40.

aushäfen, den Brief, an den sich seine ganze Hoffnung  
klammerte, ja persönlich in den „Zähringer Hof“ zu bringen.  
Er sah den Alten indes nicht mehr. Doch im Garten hörte  
er lebhaftes Plaudern und — Nanes helles Lachen. War  
denn das denkbar? Konnte dieses Geschöpf nach dem Vor-  
gefallenen schon jetzt wieder fröhlich sein? — An der Seite  
einer hohen Männergestalt lächelte sie in ihrem liebsten  
Kleid dahin. Der Fortschaffor mußte zum Verlauf gekom-  
men sein, denn nur er konnte der Begleiter sein! Was die  
Zwei miteinander sprachen, verstand der verdorgene Zeuge  
nicht, doch ließ der Ton ihrer Unterhaltung auf fröhlichste  
Laune schließen.

Ein toletes, herzloses Geschöpf! O, wie er sie auf ein-  
mal verardete, die Schönheit, die ihn zu ihrem willensollen  
Sklaven gemacht hatte! Zu drohenden Fäusteln ballten sich  
seine Hände und taum zu bändigende Wut ließ ihn im  
Augenblick alles vergessen, was auf ihm lastete.

Nicht eines Bildes wollte er fortan Nane würdigen,  
wenn Herbet ihn gerechtfertigt hatte. Betrogen, in nichts-  
würdiger Weise betrogen hatte die falsche ihn. —

Am nächsten Vormittag erschien der Portier Müller  
bei Werner und stellte ihm mit, daß von dem jungen Herrn  
weder für ihn noch für die Eltern etwas eingetroffen sei.  
Dagegen habe der Geschäftsfreund aus Wien in einem  
Telegramm seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß  
Herbet noch nicht bei ihm sei. Man befände sich deshalb  
in größter Sorge und befürchte ein Unglück. Der fünf  
Tage hätte er spätestens am Ziel sein müssen.

Fortsetzung folgt.



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).  
Bezugspreis wird halbmönatlich festschick.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zentralfabrik, entgegen.  
In Fällen früherer Gewalt: Streich, Verleumdung usw. erlischt jeder Anspruch auf Versicherung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Ämliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklametele 15 Goldpfennig, einleit. Umhängesteuer, Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalle.

Verkehrs-Anschluss Nr. 24.

Nr. 7.

Mittwoch, den 23. Januar 1924.

27. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Am Reichsfinanzministerium zu Berlin fanden Verhandlungen mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen über die Festsetzung besonderer älterer Steuern, insbesondere des Weibetrages, statt.

\* Bei dem in Augsburg verhafteten Beteiligten an dem Milanaplan gegen General v. Seidl handelt es sich um den Fabrikbesitzer Dr. Georg Brandel.

\* Die französische Reichsabermwaltung hat den offenen Klagenbescheid gegen die englische Besatzungsarmee erklärt und einen Einpruch der englischen Regierung zurückgewiesen.

\* Der von der britischen Regierung zur Untersuchung der Verhältnisse in der Pfalz beauftragte Generalconsul Gilbe ist nach London zur Berichterstattung abgereist.

\* In England ist der angekündigte große Eisenbahnerstreik nach Ausbruch gekommen.

\* Der amerikanische Kreuzer „Virginia“ hat die Blockade von Tampico durchbrochen und auf die mexikanischen Revolutionäre das Feuer eröffnet. Die mexikanischen Regierungstruppen dürfen durch amerikanisches Gebiet marschieren.

## Wieder Uneleichgerichte.

Man muß gesehen, daß der amerikanische General Dawes seine Energie in der Idee zur Gründung des von ihm präsidierten Sachverständigenausschusses in Paris nicht erschöpft hat, sondern daß er die Dinge mit derselben Energie weitertreibt. Dieser Sachverständigenausschuss, der Vorschläge über die Stabilisierung der deutschen Währung und über die Belagerung des deutschen Budgets machen soll, scheint wirklich mit seiner Arbeit voranzurücken, scheint aber, was für uns noch viel wichtiger ist, noch nach den Worten zu handeln, die Dawes damals gesprochen hat, nämlich, daß alle bisherigen Staffeln, Berichte, Gutachten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands Makulatur geworden sind, weil eben diese Lage seit damals eine ganz andere wurde, als jene Berichte entworfen. Ein amerikanischer Zeitungsdirektor will erklären haben, daß der Sachverständigenausschuss auf die befristeten Vorschläge zurückgekommen sei, die bekanntlich vor allem eine Reihe von Reichsmarknoten und die deutsche Reichsbahn als die Grundlage einer währungsrechtlichen Stabilisierung und einer endgültigen Valanzierung des deutschen Budgets mit Einschluß der Reparationsverpflichtungen vorhaben.

Diese belgischen Vorschläge sind mitten während des Ruhrkampfes, im April, gemacht worden, als naturgemäß die Folgen dieses Ruhrkampfes auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete noch nicht zu übersehen waren. Die Reichsbahn balanciert jetzt zwar im ordentlichen Etat, wie der Reichsfinanzminister versichert hat, aber sie hat derartige Schulden, daß sie kreditwürdig gar nicht mehr zu nennen ist. Wir glauben nicht sehr zu geben in der Annahme, daß die Reichsbahn gar nicht eine Goldmillarde Schulden hat, deren Abdeckung so lange eine Unmöglichkeit ist, als das wirtschaftliche Leben Deutschlands stagniert.

Dem scheint man nun auch in Paris Rechnung zu tragen. Doch nicht nur die Reichsbahn muß als ein jetzt sehr minderwertiger Posten eingestuft werden, sondern auch ihre andere Monopole, wie das Tabak-, das Alkohol-, das Elektrizitätsmonopol, weil sie alle gleichfalls von der Intensität des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland abhängen. Der amerikanische Zeitungsdirektor behauptet nämlich, daß der Sachverständigenausschuss die belgischen Vorschläge einer umfassenden Revision unterziehen wolle, und sei dabei zu wesentlich anderen Resultaten gekommen, als man es in Paris berechnet hatte. Berichtsbereitungen will sowohl General Dawes die Fortsetzung der Arbeiten nach Berlin verlegen.

Natürlich taucht auch schon wieder, obwohl eigentlich gar nicht die Zeit der Seeschlange ist, das Gerücht einer Auktionsanleihe auf. Diese Frage wird der entscheidende Augenblick des Nachkrieges in der Reparationsfrage sein. Auf der einen Seite wird eine Anleihe lediglich von dem Anglo-Americanum ausgeben können, wird aber sofort auf die französische Forderung haben, den größeren Teil der Anleihe zur Begleichung von Reparationsabläufen zu verwenden. In dieses Maß ohne Boden sein sich hineinzufügen, dürfte aber keinem Engländer und keinem Amerikaner einfallen, der für eine Anleihe zwecks Stabilisierung der deutschen Währung, etwa als Grundkapital für eine Goldmine, zu haben sein würde. Es ist auch nicht abzusehen, wie Deutschland eine internationale Unternehmung erhalten sollte, wenn sein finanzielles

Wirtschaftsgebiet, die Rhein-Ruhrindustrie, ohne jede Freiheit der Bewegung in den Händen der Franzosen ist, und diese sich die Kontrolle darüber nicht lassen lassen wollen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist ja nun auf Anforderung in Paris eingetroffen und dürfte dort eine lange Fragestellung beantworten, die der Ausschuss entworfen hat und nach dringlich verlangt. Aus seinen Antworten wird dann wohl deutlich genug hervorgehen, welche furchtbaren Verluste Deutschlands Volkswirtschaft und Finanzkraft im Jahre 1923 erlitten hat. Leider wird Deutschland auch jetzt wieder nur „gehört“ in jener Kommission; immerhin sprechen wenigstens in den Augen der etwas unbefangenen englischen und amerikanischen Mitglieder doch die Tatsachen ein so gewichtiges Wort, daß man eine ganz gerechte Hoffnung hegen kann, die Kommission werde nicht die ihre jährlichen Vorkonferenzen zu unangenehmen Bestimmungen über die Reparationsverpflichtungen kommen, nicht zu einem Resultat, wie Deutschland zahlen soll, sondern nur, wie Deutschland zahlen kann.

## Englisch-französischer Bahnkrieg.

Blockade der britischen Zone.

Die Londoner Mäler lassen sich aus Köln schreiben, die französische Regie habe den britischen Behörden den Krieg erklärt durch Verletzung einer Blockade gegen alle Einfuhr, ausgenommen Lebensmittel und Militärversandsware. Dies sollte eine unangelegene Verfügung sein, den Handel und die Industrie auszuhungern, damit sich Widerstand gegen die feste britische Haltung bezüglich der Verwaltung der Eisenbahn erhebe. Die Frage entsteht jetzt, ob britische Kohle noch länger nach der französischen und der belgischen Zone gelangt werden solle, so lange diese Blockade andauere. In London gutturaler Kreise hören wir man, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, Auftrag erhalten hat, bei Poincaré einen Schritt zu unternehmen, der sich auf die von der französisch-belgischen Regie getroffenen Anordnungen auf die englische Zone bezieht.

Von französischer Seite wird offen zugegeben, man sei gezwungen gewesen, den Verkehr mit der britischen Besatzungszone auf ein Mindestmaß zu beschränken. England müsse aber den französischen Wünschen inbezug auf die Eisenbahn in jeder Beziehung nachgeben. Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner „Oberber“ sagt dagegen, die Haltung der Franzosen sei hervorgerufen worden durch die feste Weigerung des britischen Vertreters Lord Almonrods, den französischen Behörden zu gestatten, die britische Zone als Werkstoff zur Herstellung von Deutschland zu benutzen. Der Widerstand Lord Almonrods gegenüber dem französischen Versuch, die Mission des Generalconsuls Cive in der Pfalz zu verhindern, habe erneut die Entschlossenheit der britischen Regierung bewiesen, nicht an dem vollkommen ungelieblichen Versuch der Erringung einer autonomen Regierung teilzunehmen. Daher die offensichtliche Feindschaft der französischen Behörden gegen die britische Zone.

## Eisenbahnerstreik in England.

60 000 Beamte im Ausstand.

Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, die englischen Eisenbahnangehörigen von dem geplanten Ausstand abzuhalten. In der Nacht von Sonntag auf Montag ist nach amtlicher Mitteilung der Streik zum Ausbruch gekommen. Lokomotivführer und Heizer haben die Arbeit niedergelegt.

60 000 Eisenbahner werden unmittelbar betroffen. Der Vorstehende des freikundigen Verbandes erklärte in einer Rede, der Ausstand werde vielleicht zwei Wochen dauern. Die Mäler tadeln im allgemeinen ohne Unterschied der Partei den Streik. Einige erklären, er werde vielleicht einen bedeutenden Einfluß auf die Auslichten der Arbeiterregierung zu Beginn ihrer Laufbahn haben.

Die Eisenbahndirektionen haben Maßnahmen zur Fortsührung des Verkehrs ergriffen. Die Schiffahrtsgesellschaften teilen mit, daß sie die Reisenden von und nach den Seebägen per Auto befördern würden. Zahlreiche in London ansässige Provinzbeamte verlassen fluchtartig die Hauptstadt, solange der Verkehr noch einigermaßen funktioniert.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Abzug bei der Reichsbahn.

Der Sparausfluß des Reichstages behandelte den Personalabzug bei der Reichsbahn. Von seiten des Reichsverkehrsministers wurden die bisherigen Resultate des Abbaubehaltens zur Folge haben, daß bis 1. April 1924 der Personalbestand der Reichsbahn, der am 1. Oktober 1923 rund 1 Million ar Beamten, Angestellten und Arbeitern umfaßte, um mindestens 20% vermindert sein werde. Es wurde einstimmig vom Sparausfluß angeordnet, daß die den Zinsaufwendungen im besetzten Gebiet ausgedehnten Forderungen sofort zurückgenommen werden müßten. Die ausgetretenen Eisenbahner sind bisher vom Abzug gänzlich verschont worden.

Was bringt die dritte Steuerreform?

Die nun schon so lange dauernden Verhandlungen über die Reform sind abgeschlossen und die Vorlage ist dem Kabinett zugegangen. Voraussichtlich in den nächsten Tagen wird sie dem Reichstag vorgelegt werden. Sodann wird sie dem Reichstag, dem Reichspräsidenten und dem Reichsgeneralschuss des Reichstages zugehen. Am Fünftagesausfluß dürfte die Beratung kaum vor Ende des Monats beendigt. Aber den Inhalt der Reformordnung läßt sich noch nichts Genaueres sagen. Zell steht jedenfalls, da das Reichsfinanzministerium seinen ursprünglichen Vorschlag des Verbot der Auwerzung so fallen gelassen hat, daß künftig eine Aufwertung in bestimmtem Umfang zulässig sein wird, keineswegs aber für alle Geldforderungen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Reichsregierung nach wie vor die Veränderung der Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen ablehnt.

Das Zentrum zu Rhein, Ruhr und Pfalz.

Am Reichstag fand eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei statt, in der Reichstagsler Dr. W a r z die jährlich aus dem ganzen Reich erhaltenden Vertreter befragte. Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. S o l t e, behandelte die Stellung der Zentrumspartei zu Rhein, Ruhr und Pfalz. Er erklärte, daß er die Verantwortung für die Besetzung der besetzten Gebiete übernehme, die die Besatzungsarmee zu

Die Besatzungsarmee zu